

Essays – Wissensgeschichte der Politologie 001/ 04 - 2015

## **Politikwissenschaft im Umbau**

Zwischen Erfurter PH, ErgänzungslehrerInnen und junger Universität

Von Alexander Thumfart.

Vorbemerkung: Der Text ist das Manuskript eines Vortrages, der im Rahmen des Workshops „Wendjahre – Gründerjahre. Anfänge der Politikwissenschaft in den Neuen Bundesländern nach 1990“ beim Arbeitskreis „Wissensgeschichte der Politologie“ von Portal Ideengeschichte am 28. November 2014 an der Philipps-Universität Marburg gehalten wurde.

Prof. Dr. Alexander Thumfart  
Wendejahre – Gründerjahre?  
Anfänge der Politikwissenschaft in den  
Neuen Bundesländern nach 1990  
Marburg, 28. November 2014

## **Politikwissenschaft im Umbau. Zwischen Erfurter PH, ErgänzungslehrerInnen und junger Universität**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende,

der Aufbau, Umbau, Neubau der Politik- und Sozialwissenschaft etwa an der Universität Erfurt war nur ein kleiner, ja geradezu winziger Teil einer großen gesamtgesellschaftlichen Transformation. Das ist so banal – wie trotzdem wahr.

Weil das „wahr“ ist, folgt daraus nicht, man müsse erst die große Transformation erzählen, um die kleine zu verstehen. Hegels Zeiten sind ja nun wirklich vorbei. Es heißt aber gleichwohl, dass wir die kleine Transformation im Kontext der großen situieren und verstehen müssen. Allgemeinere u.U. politische Leitbilder wirken natürlich auf untergeordnete Ebenen ein, richten sie aus, orientieren sie. Das gilt, wie wir alle wissen, nun ganz besonders für die Bildungs- und Hochschulpolitik im weitesten Sinne, die seit 2500 Jahren schon ein besonderes Tätigkeitsfeld politischen Handelns ist. Deshalb kommen wir zumindest um die landespolitische Ebene und auch um eine bundespolitische Schulbildung in Landesorganisationen nicht herum, um den kleinen Kosmos Erfurt zu analysieren. Die Gründung oder Wiedergründung von Politikwissenschaft ist ohne (Hochschul-)Politik eben nicht zu haben. Das haben ja u.a. Wilhelm Bleek und Hans J. Lietzmann sehr deutlich gezeigt.

Ich gehe im Folgenden deshalb chronologisch vor. Innerhalb dieser Chronologie bewege ich mich in „Schaukelschritten“. Das nicht, weil die Geschichte ein netter Tanz gewesen wäre, sondern aufgrund der spezifisch phasen-versetzten konkreten Situation. Der erste Schritt hat es mit dem leisen und anschwellenden Rumoren ab dem Herbst 1986 und der Universität Erfurt zu tun. Dem folgt ein Blick auf die Pädagogische Hochschule Erfurt und ihrer Transformation im Gefolge der friedlichen Revolution.

Dann verlassen wir die PH und kehren zur Universität Erfurt zurück, um schließlich dann mit beiden Beinen zugleich in der glücklichen Harmonie und Integration beider Institutionen zu landen. Natürlich geht es in all diesen Schritten immer um die Politikwissenschaft (und um die Politik).

Abschließend versuche ich ein Resümee.

### **I: Ein anschwellendes Rumoren und die Universität Erfurt**

Erfurts alte Universität, 1379 gegründet und damit die älteste deutsch-sprachige Universität – und 1816 geschlossen, liegt mitten in der Altstadt. Von (nur) einem Bombentreffer im Zweiten Weltkrieg beschädigt, beherbergte sie kurzzeitig die Amploniana, eine beindruckende Gelehrtenbibliothek aus dem frühen 15. Jahrhundert. Das alte Collegium Maius war allerdings genauso marode und baufällig wie die sie umgebende historische Altstadt und sollte, so wollten es Planungen der Stadt ab Mitte 1986, einer vier-spurigen Magistrale zum Opfer fallen.

Gegen diese Pläne regte sich im Rahmen der evangelischen Kirche Widerstand, ein Widerstand, der sehr schnell so massiv wurde, dass die Umbaupläne von der Stadt zunächst auf Eis gelegt werden mussten. Das schlug Wellen bis nach Berlin, hatten es BürgerInnen doch offensichtlich vermocht, die Gestaltungsmacht der SED vor Ort zu blockieren und damit zu unterminieren. Als dann die Demonstrationen in Leipzig ab dem 7. Oktober 1989 für alle sichtbar das Ende der SED-Diktatur in der DDR eingeläutet haben, gründete sich Ende Oktober 1989 in Erfurt der „Arbeitskreis Innenstadt“. Erklärtes Ziel war es, zusammen mit den politischen Ebenen den Erhalt und die Rekonstruktion des historischen lateinischen Viertels zu betreiben und zu organisieren. Am 10. Dezember – also fast auf den Tag genau vor 25 Jahren – umringten die Erfurter Bürgerinnen und Bürger mit einem „Bürgerwall“ die Innenstadt, um so den zivilgesellschaftlichen Schutz der historischen Kernstadt inklusive der alten Universität vor Zerstörung symbolisch zum Ausdruck zu bringen.

Warum erzähle ich diese Geschichte? Weil sie Kontext wie Anlass bildet für die Gründung der „Erfurter Universitätsgesellschaft“ im Herbst 1987. Die – zunächst – „Interessengemeinschaft zur Wiedergründung der Alten Universität“ im Kulturbund der DDR sah sich nämlich als integraler Teil jener kritischen Bürgerschaft, die (später)

die friedliche Revolution in Erfurt mit betreiben sollte. Natürlich war es ein evangelischer Theologe, Aribert Spiegler, der das Manifest der IG zur Gründung verfasst hatte. Es nimmt vor dem Hintergrund dieser Protest-Geschichte dann wohl auch nicht wunder, dass bereits im März 1990 der offizielle Aufruf zur Gründung einer „Europäischen Universität Erfurt“ formuliert und im August desselben Jahres der neu gewählte CDU-Oberbürgermeister, Manfred Ruge, damit beauftragt wurde, die Neugründung politisch zu betreiben.

Der OB hatte es aus mindestens zwei Gründen relativ leicht, diesen Auftrag in die Tat umzusetzen. Denn erstens fand er im seit 1991 amtierenden Ministerpräsident (und Parteikollegen) Bernhard Vogel einen geradezu euphorischen Unterstützer, und zweitens kam das Projekt einer Gründung einer Europäischen Universität Erfurt auf die UNESCO Liste der „Weltdekade für kulturelle Bildung“. An einer Wiedergründung der Universität Erfurt führte offenbar kein Weg vorbei. Bürgerschaft, lokale und regionale Politik und Weltkultur wollten sie.

## **II: Die PH Erfurt in der Transition**

Allerdings stand dabei – etwas scharf formuliert – die Pädagogische Hochschule im Weg. Die 1969 gegründete Hochschule - etwas am Rande der Stadt gelegen - galt wie alle PHs als ein Lieblingsprojekt Margot Honeckers, und war den meisten Erfurterinnen und Erfurtern ein Dorn im Auge. Die 1989 fast genau 2.500 Studierenden wurden in diversen „Fachsektionen“ unterrichtet, etwa Chemie/Biologie, Mathematik/Physik, Polytechnik, Deutsch/Kunsterziehung, Russisch, und hatten obligatorisch die Grundlagensektionen Pädagogik/Psychologie und Marxismus/Leninismus zu durchlaufen. Im Herbst gab es – wie an allen Hochschulen - eine Woche vor Semesterbeginn zusätzlich die so genannte „Rote Woche“, in der die Studierenden hinsichtlich ihrer Parteilichkeit geprüft und observiert wurden. Da das alle jeweils wussten, haben sich alle entsprechend „parteilich“ verhalten.

Wie alle PHs war auch die Erfurter eine Kombination aus Lehrerbildung und wissenschaftlicher Forschung, weshalb denn auch knapp 550 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der PH beschäftigt waren, 29 davon in der Sektion „Marxismus-Leninismus“. Die Institution betrachtete sich selber – und natürlich auch zurecht – als fundamental wissenschaftliche Forschungsstätte, die weit davon entfernt war, lediglich Diplom-Lehrerinnen und -Lehrer auszubilden.

Deshalb empfanden es viele der akademischen und nicht-akademischen MitarbeiterInnen als eine Art Herabwürdigung, als der Wissenschaftsrat in einem Gutachten vom Februar 1991 empfahl, sich von wissenschaftlicher Forschung zu verabschieden und sich ganz auf die Ausbildung von ausschließlich LehrerInnen für Grund- und Regelschulen zu konzentrieren - und das Lehramt an Gymnasien nach Jena zu verlegen. Diese Empfehlung hat die Thüringer Landesregierung übernommen und zusammen mit einer Evaluationsordnung für Thüringer Hochschulen im Juni 1991 in Kraft gesetzt.

Die 13 Fachkommissionen aus mehrheitlich Westdeutschen Hochschulangehörigen haben von den etwa 770 wissenschaftlichen und administrativen MitarbeiterInnen etwa 250 zur Übernahme an die nun neu gegründete Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen (PHEM) vorgeschlagen. Dem wurde in aller Regel auch gefolgt.

Parallel dazu erfolgte die Restrukturierung der PH organisatorisch und wissenschaftlich. Nach der Schließung der Sektion ML wurden 7 Bereiche neu geschaffen, unter ihnen neben Anglistik/Amerikanistik, Philosophie/Ethik und Geschichte auch die Politikwissenschaft. Jeweils zuständig waren 7 Gründungsprofessoren (in der Tat: nur Männer), unter ihnen der Tübinger Martin Greiffenhagen, federführend für die Politikwissenschaft. Die eingesetzten Berufungskommissionen, die teildidentisch waren mit den Kommissionen der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, haben im Laufe der Jahre 1992/93 die Besetzungsverfahren durchgeführt.

Die Politikwissenschaft bestand aus den drei klassischen Professuren: Politische Theorie und Ideengeschichte, Ludwig Weihnacht aus Würzburg, Internationale Beziehungen, Michael Strübel aus Heidelberg bzw. St. Louis, nachdem Wolfgang Leidhold aus (damals) München abgelehnt hatte. Die Vergleichende Regierungslehre blieb unbesetzt, und wurde bis zum Ende der PHEM durch unterschiedliche Kollegen, etwa Wolfgang Luthardt und Volker von Prittwitz, vertreten.

Ich kann mich – nebenbei – noch an Wolfgang Merkel erinnern, der sich im Sommer 1995 die PHEM einmal angeschaut hat, um aus den diversen Rufen, die er hatte, sich dann für Heidelberg zu entscheiden. Was man gut verstehen kann.

Die vom Minister (Fickel, FDP) unterschriebenen Ernennungen lauteten alle – und das war nicht nur symbolisch hoch bedeutsam – auf die Einweisung auf eine Stelle als

Universitätsprofessor bzw. Universitätsprofessorin. Auf dieses Distinktionsmerkmal haben übrigens alle KollegInnen ausgesprochen Wert gelegt.

Nach nur kurzer Lehre hat Ludwig Weihnacht seinen angenommenen Ruf wieder zurückgegeben, und an seiner statt hat Arno Waschkuhn (Lichtenstein) die Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte übernommen.

Für die Politikwissenschaft lässt sich also sagen, dass weder die ursprüngliche Planung noch das ursprüngliche Personal um- bzw. eingesetzt wurde. So blieb die Vergleichende Regierungslehre an der PHEM dauerhaft unbesetzt und die beiden anderen Professuren hatten nicht die Personen inne, die in den Berufungskommissionen jeweils auf Platz 1 gesetzt worden waren. Das bedeutete übrigens auch, dass statt der politisch eher konservativen Kollegen zwei erklärte Sozialdemokraten die Professuren übernahmen.

Außerdem war natürlich besonders peinlich, dass die Funktionsstelle einer Fachdidaktik Sozialkunde nun ausgerechnet an einer PH nicht besetzt wurde. Genauer gesagt, war die Stelle finanz-technisch zunächst verplant für eine germanistische Mitarbeiterin, die als Opfer der SED-Diktatur in der DDR einvernehmlich aus dieser Stelle bezahlt wurde. Obwohl sich im Laufe der 90er Jahre hierfür eine andere Lösung fand, blieb die Fachdidaktik mit Ausnahme von 2 Semestern bis zum Ende der PH vakant. Das hatte, nebenbei, ganz eindeutig auch mit persönlichen Animositäten zu tun. An den beiden besetzten Professuren gab es zudem eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. als Assistent. Das war damals ich.

Organisatorisch eingegliedert wurde die Politikwissenschaft in die „Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät“, in der neben Philosophie, Soziologie und Geschichte auch die Musik und die Kunst verankert waren. In den beiden letztgenannten Disziplinen lehrten Kolleginnen und Kollegen, die in der DDR ihren wissenschaftlichen Karrieren durchlaufen hatten. Auch diese Konstellation ist so bezeichnend wie wenig überraschend. Die vermeintlich unpolitischen Disziplinen wurden personell eher weiter geführt, während die politisch brisanteren oder gar erst neu installierten von Professorinnen und Professoren aus dem Westen besetzt wurden. Einzige Ausnahme ist Frank Ettrich, der als Wissenschaftler der Humboldt-Universität die Professur für Sozialstrukturanalyse inne hatte (und hat).

Überflüssig zu sagen, dass die Sektion ML natürlich schon im Jahre 1990 aufgelöst worden war. Ebenfalls überflüssig, da auch nicht überraschend, zu vermerken, dass im

Sommer 1994 in der Germanistik ein IM enttarnt wurde. Der Rektor der PHEM war damals übrigens ein Pflanzen-Biologe aus Mühlhausen, Ulrich Pommer.

Durch die üppigen Wiederaufbau- und Transfermittel konnte in der Fakultät kaum ein Streit entstehen, und ich kann mich gut an die sehr langen Bücher- und Materiallisten erinnern, die ins Dekanat bzw. in die ab ca. 1995 arbeitende neue Bibliothek gegeben wurden.

Die Zahl der Studierenden ging allerdings dramatisch zurück. Von den 840 Studierenden der Germanistik im WS 89/90 blieben 141 im WS 92/93 übrig, ähnliches galt für die Kunst, die mehr als 75% ihrer Studierenden verlor. Das Fach Russisch belegten im WS 92/93 noch 55 Studierende im Vergleich zu über 600 zwei Jahre zuvor.

Das aber sind immer noch beeindruckende Zahlen im Vergleich zur Politikwissenschaft. Dort waren unter der Überschrift „Lehramt Sozialkunde“ sage und schreibe 25 Studierende im WS 92/93 immatrikuliert. Ohne über die (recht naheliegenden) Gründe spekulieren zu wollen, warum das Lehramt an Regelschulen im Fach Sozialkunde 1992 ff. nicht der große Renner war, gab es ein anderes Klientel, für das Sozialkunde ausgesprochen attraktiv war. Diese Gruppe bestand aus Thüringer Lehrerinnen und Lehrern, die schon an Schulen im Land unterrichteten und zur Absicherung ihrer Stellen oder zur möglichen Einweisung in einen Beamtenstatus ein weiteres Fach studieren bzw. vorweisen wollten. Dies Klientel überlegte sehr strategisch, durch welche Fächer diese Vorteile am besten zu garantieren wären. Und ihre Wahl fiel auf Ethik und Sozialkunde. Denn in beiden Bereichen konnte es in den Schulen vor Ort keinerlei Konkurrenz geben, da beide Fächer in der DDR gar nicht existiert hatten bzw. personell abgewickelt worden waren.

So also kamen zu den 25 Direktstudierenden im WS 93/94 136 so genannte ErgänzungslehrerInnen hinzu. Diese Zahl erhöhte sich auf 166 Neuzugänge im WS 1994/95, so dass wir mit über 300 Studierenden in Sozialkunde durchaus auch „zu kämpfen“ hatten. Ich kann mich, wie Sie alle sicherlich, an ganze Prüfungswochen zum Ersten Staatsexamen erinnern, an deren Ende man seinen eigenen Namen nicht mehr wusste.

Die Lehre hatte inhaltlich natürlich und selbstverständlich vor allem Standard zu bieten: Das politische System Deutschlands, Platon, Hobbes und der Gesellschaftsvertrag, Was ist ein präsidentielles Regierungssystem und wie

funktioniert das Europäische Parlament? Mein Seminar „Macht“ war überfüllt, das Seminar „Hermann Heller“ hingegen sehr überschaubar.

Trotz dieser – zumindest in der Lehre – recht erfreulichen Situation auch der Politikwissenschaft (und mit großen Einschränkungen Soziologie, die die Studierenden der Erziehungswissenschaften noch zu bedienen hatte) trifft ein Satz aus dem Bericht des Rektors aus dem Jahre 1993 die Lage und Stimmung doch viel besser: „Die Pädagogischen Hochschulen spielen keine Rolle mehr – weder in den Augen der Universitäten oder Fachhochschulen noch in der Wissenschaftsverwaltung und schon gar nicht in der Bildungspolitik (...) Was noch bleibt, ist die Hoffnung auf eine sinnvolle Integration in die künftige Universität“.<sup>1</sup>

Und dabei bin ich nun wieder bei der Universität Erfurt.

### **III: Die Gründung der Universität Erfurt**

Wir hatten die Universität etwa 1991 verlassen. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Land Thüringen den Wissenschaftsrat gebeten, zu einer Wieder-Gründung Stellung zu nehmen. Der Wissenschaftsrat gab dann im Januar 1992 die Empfehlung, die Uni Erfurt frühestens in der 2ten Hälfte der 90er Jahre zu gründen, und sich dabei wesentlich auf ein kulturwissenschaftliches sowie staats- und verwaltungswissenschaftliches Profil zu konzentrieren. Damit war die PH im Wesentlichen außen vor und aus dem Spiel genommen. Das Land setzte daraufhin (und immer auf direkte Intervention des Ministerpräsidenten Bernhard Vogel) eine Hochschulstrukturkommission ein, die ihrerseits im Juni 1993 eine Gründungskommission empfahl zur Vorbereitung der Universitätsgründung in Erfurt.

Vorsitzender dieser Gründungskommission war der frühere Gründungs-Präsident der Universität Bayreuth, Dr. Klaus Dieter Wolff. Wolff wollte eine kleine, feine – nun vor allem – geisteswissenschaftlich ausgerichtete Universität, samt einer exzellenten Bibliothek. Zugleich sollte die neue Uni ganz dezidiert gegen die Idee und Realität der Massenuniversität gesetzt werden, mit deutlich flexiblen Entscheidungsstrukturen und, wie es hieß, „optimierten Entscheidungsverfahren“.<sup>2</sup> Der später benannte

---

<sup>1</sup> Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen, Bericht des Rektors 1990-1993, S. 9. Verfasser Dr. Jürgen Leitgeb.

<sup>2</sup> Klaus D. Wolff, Strategie einer Universitätsgründung: Universität Erfurt, in: Beiträge zur Hochschulforschung 3/1996, S. 121-145, hier S. 128.



Gründungsrektor der Universität Erfurt, Peter Glotz, hat diese Idee später bündig – wie es seine Art war – in dem Slogan zusammengefasst: „Erfurt – das Harvard an der Gera“.

Wolff hat dann seinerseits einen Strukturausschuss beauftragt, der die konkrete Struktur der zukünftigen Uni entwerfen sollte. Der nun wirklich auch wissenschafts- politisch erfahrene Hermann Lübke wurde zum Vorsitzenden bestimmt. Dessen Empfehlungen, die bereits im Januar 1994 der Regierung übergeben wurden – und auf die ich gleich zu sprechen komme –, enthielten ganz dezidiert den Vorschlag, die gesamte PH als eine eigene, nun erziehungswissenschaftliche Fakultät aufzunehmen, aber erst ganz am Ende des Gründungsprozesses. Die Zukunft der PH und der Politikwissenschaft schien nun bestenfalls in den Erziehungswissenschaften zu liegen, deutlich fernab von „Harvard“, irgendwo in der Wissenschaftsprovinz.

In gewisser Weise spiegelte sich das wieder in den Empfehlungen der Strukturkommission vom Januar 1994. PH und Universität sollten strikt getrennt gehalten, die PH auf keinen Fall zum „Ausgangspunkt der Universitätsgründung“, und die PH frühestens Ende der 90er Jahre nun in die philosophische Fakultät integriert werden. Gleichzeitig sprach sich die - u.a. mit Peter Haungs (Uni Trier), Peter Graf Kielmansegg (Mannheim) und Lothar Gall (Frankfurt/M) hochkarätig besetzte Strukturkommission - dafür aus, eine durchaus sinnvolle Fachintegration der PH erst dann zu betreiben, wenn mindestens die Hälfte der Berufungen in einer der vorgesehenen Universitätsdisziplinen erfolgt ist.<sup>3</sup>

Generell sollte eine geisteswissenschaftliche Orientierung der neuen Universität auch weiterhin bestehen bleiben. Hinzukommen sollte allerdings neu neben der fast kompletten Jurisprudenz und den breit aufgestellten Wirtschaftswissenschaften eine Stärkung der Sozialwissenschaften. Seltsamerweise verstand die Kommission darunter nicht Soziologie und Politikwissenschaft, sondern nahezu ausschließlich eine sehr breit konzipierte Geschichtswissenschaft. Geriet die Politikwissenschaft ganz offenbar auf ganz seltsame Weise auch terminologisch in den Hintergrund, sollte sie – allerdings spezifisch zugeschnitten – in einigen der 7 Universitätszentren dann doch wieder eine prominentere Rolle spielen. Neben etwa Humanismusforschung, Süd-Ost-Europa- Forschung, Föderalismusforschung mit Europäischem Verfassungsrecht und Institutionenökonomik sahen die Kommissionsmitglieder nämlich auch und ganz

---

<sup>3</sup> Siehe Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst (Hrsg.), Empfehlungen des Strukturausschusses der Gründungskommission der Universität Erfurt, Januar 1994, S. 23 und 35.

dezidiert ein Zentrum für Politische Philosophie vor.<sup>4</sup> Hier sollten – und die Handschrift von Hermann Lübke ist unübersehbar – etwa „Grundwertedebatten“ oder Diskussionen „über die Grundfragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens“ angestoßen und geführt werden, um in Deutschland endlich auch so etwas wie eine „Kommunitarismusdebatte“ vorweisen zu können.<sup>5</sup> Aber auch hier war es nicht die Politikwissenschaft, die die Hauptverantwortung tragen sollte, sondern die Philosophie.

In gewisser Weise stehen wir – wie gleich zu sehen - damit vor einem Paradox: einerseits spielten sozial- und speziell politikwissenschaftliche Themen im Konzept der Universität eine gut sichtbare Rolle. Süd-Ost-Europa ist nun ohne Politikwissenschaft wenig sinnvoll, Föderalismusreform und Europa auch nicht, Politische Philosophie hat ohne Politikwissenschaft wenig Sinn, und im Falle der Institutionenökonomik lagen für die Kommission selbst „die Bezüge zur Politikwissenschaft (...) auf der Hand“.<sup>6</sup> Gleichzeitig plädierte die Kommission aber nur für eine nachgerade läppische „Grundausstattung“ der Politikwissenschaft mit den drei üblichen Professuren: Politische Theorie/Philosophie, Politische Systeme und Internationale Politik.<sup>7</sup> Für lediglich „angezeigt“ hielten es die AutorInnen, dann fallweise doch zwei weitere Professuren zu besetzen, nämlich die für den Schwerpunkt Süd-Ost-Europa und die Professur für Europäische Politik.<sup>8</sup> Konzeptionell durchaus überraschend, da zuvor weder erwähnt noch fixiert, konnte sich das Strukturpapier plötzlich auch eine Professur für Kommunikationswissenschaft vorstellen, die sich politischen Willensbildungsprozessen widmen sollte. Recht diffus wurde allerdings auch davon gesprochen, damit nicht nur politikwissenschaftliche sondern auch „benachbarte Kompetenzen“ bedienen zu können.<sup>9</sup>

Eine präzisere Einschätzung dieser durchaus merkwürdigen Gestalt der Politikwissenschaft samt der ihr zugewiesenen Aufgaben gewinnt man, zieht man die 14 vorgesehenen Professuren der katholisch-theologischen Fakultät, die 13 rechtswissenschaftlichen, die 10 geschichtswissenschaftlichen und die 6 Professuren allein für das Martin-Luther-Institut heran.<sup>10</sup> Mit deutlich besserer Ausstattung kam bei

---

<sup>4</sup> Siehe ebda. S. 13, S. 45-53.

<sup>5</sup> Ebda., S. 51f.

<sup>6</sup> Ebda., S. 53.

<sup>7</sup> Ebda., S. 89.

<sup>8</sup> Ebda., S. 90.

<sup>9</sup> Ebda., S. 90.

<sup>10</sup> Siehe ebda., S. 69; 74f; 84f; 96.

weitem nicht der Anspruch auf diese Disziplinen zu, dem sich die Politikwissenschaft ausgesetzt sah. Ich möchte deshalb von einem klar sichtbaren mis-match sprechen, der gerade in der Politikwissenschaft zwischen Anspruch/Erwartung und Ausstattung im Strukturkonzept der Universität Erfurt zu verzeichnen war.

(Und in der Soziologie waren auch nur drei Professuren vorgesehen: Mikro, Makro und Empirische Sozialforschung; am MWK eine Religionssoziologie)

Dieser mis-match wird noch deutlicher, bedenkt man, dass das neue Max-Weber-Kolleg für Kultur- und Sozialwissenschaftliche Studien neben einem Dekan (Wolfgang Schluchter, dann Hans Joas, jetzt Hartmut Rosa) und einer wissenschaftlichen Assistentin ausschließlich aus Gastprofessuren bestehen sollte. Die Liste der Disziplinen, aus denen jene Gastprofessuren rekrutiert werden konnten, führte nun ausgerechnet die Politikwissenschaft nicht auf. Auch von dieser Seite war also keine Unterstützung vorgesehen und zu erwarten.

(Nebenbei: als ich 2004 ein Jahr lang fellow am MWK war, lief ich denn auch unter der Rubrik der politischen Philosophie.)

Zieht man also eine Bilanz zur Stellung der Politikwissenschaft im Gründungskonzept der Universität Erfurt, so muss man von einer deutlichen Diskrepanz sprechen, die zwischen den inhaltlichen Anforderungen und zugewiesenen Forschungsaufgaben einerseits und der tatsächlichen Ausstattung andererseits sichtbar wurde.

Hinzu kam, dass die oben erwähnte Vorgehensweise zur Integration von PH und Universität de facto gar nicht einzuhalten war. Im Falle der Politikwissenschaft konnte bei 3 Grundprofessuren die Integration der an der PH bereits arbeitenden Politikwissenschaftler de facto gar nicht bis zu jenem Zeitpunkt hinausgezogen werden, an dem mehr als die Hälfte der Professuren an der Uni besetzt waren. Denn durch die Universität war ja nur noch eine zu besetzen.

Die Besetzung dieser (nach wie vor vakanten) Professur für Vergleichende Regierungslehre erfolgte daraufhin unter Einbeziehung der bereits an der PH lehrenden Fachkollegen, also Arno Waschkuhn und Michael Strübel. Als Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus habe ich u.a. an dieser Besetzung mitgewirkt.

Und damit bin ich nun (ganz ungezwungen) bei meinem nächsten Schritt angelangt: der konkreten Fusion von PH und Universität.

#### **IV: Die Fusion von PH und Universität Erfurt – oder Der Plan und die Wirklichkeit**

Die nun anstehende konkrete Fusion von PH und Universität lässt sich beschreiben als der Prozess, in dem das Konzept einer primär geistes- und kulturwissenschaftlichen Leuchtturm-Universität auf die soziale, politische und ökonomische Wirklichkeit in Thüringen trifft. In aller Regel blamieren sich dabei, um Marx zu paraphrasieren, die Ideen. Und mit einem leicht bitteren Unterton sage ich, dass sich das Konzept einer kleinen, feinen Universität mit idealerweise 8.000 Studierenden bei 156 Professuren gar nicht realisieren ließ, schon gar nicht in den Jahren 1995 aufwärts.

Das war wohl auch dem Wissenschaftsrat bewusst, der sein Votum zur Integration von PH und Universität immer wieder verschob. Im Oktober 1995 gab der Rat dann die Empfehlung, „bei der Integration der Pädagogischen Hochschule Erfurt in die Universität die fachwissenschaftlichen Disziplinen der PH in die entsprechenden Fachbereiche der Universität zu integrieren.“<sup>11</sup> War damit das Konzept einer Erziehungswissenschaftlichen Fakultät, die im Grunde aus der PH bestehen sollte, endgültig vom Tisch, konnte der zum 1. November 1996 vom Wissenschaftsminister Schuchardt (SPD) berufene Gründungsrektor Peter Glotz (SPD) mit der konkreten Arbeit beginnen.

Die frische Universität Erfurt bestand zunächst aus einem winzigen Häuschen auf der Krämerbrücke. Im Erdgeschoss des verwinkelten Gebäudes befand sich das Sekretariat, im ersten Halbgeschoss saß als Dekan der (zukünftigen) Philosophischen Fakultät der Tübinger Historiker Dieter Langewiesche, im ersten Geschoss hatte Wolfgang Schluchter als Dekan der Staatswissenschaftlichen Fakultät sein Büro und – tatsächlich und metaphorisch – schwebte über allen und allem unter dem Dach und im zweiten Geschoss Peter Glotz (samt Hund). Die Thüringer Allgemeine hat auch mindestens einmal pro Woche (mit Bild) über das Gründungstriumvirat berichtet und überhaupt lebhaften Anteil an dem Aufbau der Erfurter Universität genommen.

Glotz, Langewiesche und Schluchter sahen sich recht schnell gezwungen, die ursprünglichen Pläne tiefgreifend umzubauen. Das Humanismusinstitut hatte keine Chance auf Verwirklichung, ein Süd-Ost-Europa-Institut war nicht finanzierbar, das Martin-Luther-Institut blieb Makulatur, eine klassische Juristische Voll-Fakultät konnte es nicht geben und aus den ehemals 6 Fakultäten konnten höchstens 4 werden.

---

<sup>11</sup> Zitiert nach Pädagogische Hochschule Erfurt: Bericht des Rektors für die akademischen Jahre 1995/96 und 1996/97, S. 7.

Niedergeschlagen hat sich das in einer völlig neuen Staatswissenschaftlichen Fakultät, die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vereinigen sollte.

Diese dramatischen Umstellungen und Kürzungen hatten für die Politikwissenschaft nahezu keine Auswirkungen. Das lag schlicht und ergreifend dran, dass sie ja in den ursprünglichen Plänen sowieso nicht prominent institutionalisiert und ausgestattet werden sollte.

So gab es lediglich zwei Berufungskommissionen, eine für Vergleichende Regierungslehre, eine für Statistik und Methoden. Berufen wurden Dietmar Herz und Marc Szydlik (jetzt Zürich), die im Jahr 2000 ihre Tätigkeit an der Uni Erfurt begonnen haben. Kurzzeitig hinzu kam eine Professur für Rechtsphilosophie, die als Relikt der alten Struktur eines Schwerpunktes „Politischen Philosophie“ übrig geblieben war, besetzt mit Dietmar von der Pfordten. Verankert in zwei Fakultäten existierte mit von der Pfordten eine kaum merkbare Kooperation, die mit seinem Weggang 2002 sang und klanglos endete.

Im Jahr 2000 hat dann also die Universität Erfurt unter großem Gepräge ihren Studienbetrieb aufgenommen - und mehr nebenbei dann auch die Integration der PH in die Uni offiziell vollzogen. Meiner Erinnerung nach hat etwa in der Presse die PH als ein Bestandteil der Universität kaum eine oder gar keine Beachtung gefunden. Man könnte vermuten, dass die PH vor Ort immer noch „peinlich“ war. Zumindest in Teilen der Öffentlichkeit schien zu gelten: Harvards „Schmuddelkind“ sollte nicht in der ersten Reihe stehen.

Nebenbei: Knapp 15 Minuten vor der offiziellen und feierlichen Eröffnung der Universität Erfurt durch den Thüringer Ministerpräsidenten Bernhard Vogel hat Peter Glotz ihm wohl eröffnet, dass er nun nach St. Gallen gehen werde.

Gewusst hat es vorher nur einer: der Weinhändler Wolfram, der mich gefragt hat, ob ich wisse, warum Peter Glotz denn gehen wolle. Er, Wolfram, habe nämlich den Auftrag erhalten, den Glotz'schen Weinkeller nach St. Gallen zu transportieren. Wir waren beide ratlos. Aber die alte Sentenz „in vino veritas“ bekam so tatsächlich eine neue Bedeutung.

So war also im Jahr 2000 die alte und 1816 geschlossene Uni Erfurt wieder gegründet. Mit einer kleinen, von Beginn an geplanten Standardausstattung der Politikwissenschaft: Theorie, IB und Vergleichende. Als Brücke zur Soziologie die Methoden – und ohne großen Aufgaben- und Erwartungsüberbau. Allerdings war und

ist die Erfurter Politikwissenschaft konkret eine rein männliche Veranstaltung. Das sollten wir dringend ändern.

Die Soziologie hatte es viel schwerer und insgesamt härter erwischt. Die von Kollegen Klein an der PH eingeworbene Professur für Frauenforschung hat Wolfgang Schluchter verschenkt. Die 2000 besetzte Professur für Gender-Forschung, Frau Wobbe, gibt es nicht mehr, die neu geplante Allgemeine Soziologie ist nach 3 Besetzungen verschwunden, die zweite Methodenstelle wurde nie besetzt. Aber das ist nun eine etwas andere Geschichte.

Nachdem es ja um die Wiedergründung der Politikwissenschaft nach der friedlichen Revolution ging, breche ich hier im Jahr der erfolgreichen Neu-Eröffnung ab, ziehe also keine Linie bis zur unmittelbaren Gegenwart, sondern komme zum Schluss.

#### **V: Resümee**

Die Politikwissenschaft in Erfurt ist das geworden, was sie institutionell werden sollte. In dem Hin und Her zwischen PH, universitärer Erziehungswissenschaft und Fachintegration in die neue, alte Universität, in der Geschichte der Aufstellung und Modifikation von Leitplänen und Leitkonzepten, in den ökonomischen Bedingungen und politischen Interventionen hat die Politikwissenschaft eine erstaunliche Kontinuität bewiesen. Das liegt natürlich und vor allem daran, dass sie nie als „großes“ Fach geplant war. Zwar variierten die konzeptuellen Erwartungen, die an die Politikwissenschaft geknüpft waren. Da sich diese Erwartungen aber nie institutionell ausgeprägt haben, bedeuteten die konzeptuellen Umstellungen auch keinerlei Veränderungen in der konkreten Ausstattung und Besetzung.

Das hatte auch Vorteile. So geriet die Politikwissenschaft nicht in den schädigenden Erfolgsstrudel, den etwa die Soziologie erfasst hatte. Glotz Rede vom „Harvard an der Gera“ hatte nämlich auch den Effekt, dass die frisch Berufenen auf dem Wissenschaftsmarkt einen außerordentlichen Prestigegewinn erzielten, den sie sofort eingesetzt haben, um noch lukrativere Stellen (auch in der Schweiz) zu akquirieren. Dadurch war die Soziologie angreifbar – und zwar vom Rotstift der Universitätsleitung. Demgegenüber war die Erfurter Politikwissenschaft nie so prominent, und gerade deshalb so stabil.

Herzlichen Dank für Ihre Geduld und Aufmerksamkeit.